

Donnerstag (Vormittag), 18. März 2021 / Jeudi matin, 18 mars 2021

2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement

99 2020.RRGR.132 Motion 088-2020 SP-JUSO-PSA (Rüfenacht, Burgdorf)
Sofortmassnahmen der Wirtschaftsförderung in der Coronavirus-Krise: Transparenz für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

99 2020.RRGR.132 Motion 088-2020 PS-JS-PSA (Rüfenacht, Burgdorf)
Mesures immédiates de la Promotion économique durant la crise du coronavirus : transparence pour les contribuables !

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Werte Grossrätinnen, liebe Grossräte, geschätzter Herr Regierungsrat, werte Anwesende auf der Tribüne und im Saal, guten Morgen miteinander. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Wie gestern schon angekündigt, machen wir bis heute Mittag eine neue Berechnung für das Sessionsprogramm und sollten dann ziemlich genaue Aussagen über das Programm von nächster Woche machen können. Wir können schon als sicher kommunizieren, dass wir keine Geschäfte verschieben möchten, weil es immer die gleiche Direktion trifft – Inneres und Justiz – und wir haben schon einiges aus der Winter-session verschoben. Wir werden also alle Traktanden abarbeiten.

Wir sind beim Traktandum 99 stehen geblieben, einer Motion der SP-JUSO-PSA-Fraktion: «Sofortmassnahmen der Wirtschaftsförderung in der Coronavirus-Krise: Transparenz für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler». Auch dieses Geschäft wurde aus der Winter-session verschoben. Der Antrag der Regierung lautet auf Ablehnung. Wir sind in der freien Diskussion. Ich gebe der Fraktionssprecherin der SP-JUSO-PSA, Grossrätin Rüfenacht, das Wort.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Guten Morgen miteinander. Man merkt ein bisschen, dass dieses Geschäft verschoben wurde, und seitdem eine recht lange Zeit vergangen ist. Wir reden hier von den ursprünglichen Sofortmassnahmen für innovative KMU, d. h. die damals beschlossenen Beiträge à fonds perdu. Es liegt jetzt ungefähr ein Jahr zurück. Diese Spezialmassnahme ist heute schon lange abgeschlossen.

In dieser Motion geht es aber eigentlich nicht um die Sofortmassnahmen. Diesen Vorstoss machte ich, weil er zu mehr Transparenz verhelfen soll. Er soll mehr Transparenz schaffen, denn Transparenz schafft Vertrauen und mehr Transparenz soll hier eben für noch mehr Vertrauen sorgen. Ich stellte ihn aber schon damals so – und stelle ihn auch heute noch explizit so, dass sie wirklich mit möglichst wenig Aufwand erfüllt werden kann. Das fiel mir gerade gestern in der Diskussion auf. Mit möglichst wenig Aufwand für alle, die dann daran beteiligt sind, d. h. möglichst wenig Aufwand für die Kantonsverwaltung, die diese Sondermassnahmen auch heute noch laufend bearbeiten und darum sehr viel zu tun haben, auch wenn es nicht mehr diese sind, sondern neu das Härtefallprogramm ist. Darum werden sie mit diesem Vorstoss sicher nicht sehr stark belastet. Dies war mir ein grosses Anliegen. Letztlich auch für diejenigen, die von den erlassenen Massnahmen profitieren konnten und von den Geldern, die hier flossen.

Die Massnahme an und für sich ist völlig unbestritten. Sie war damals auch hier im Rat absolut unbestritten. Es ist klar, wieso es so ist: Sie ist zielführend, effizient, und ich denke, sie hatte schon oder wird noch den gewünschten Effekt haben. Es gibt dazu Vergleiche, die man von einer anderen Ebene heranziehen kann. Der Bund sprach z. B. in der letzten Wirtschaftskrise im Jahr 2011 ebenfalls Sonderkredite für Technologie und Innovation. Diese Sondermassnahmen des Bundes, die jetzt schon gut zehn Jahre her sind, konnte man evaluieren. Die Massnahme wurde positiv beurteilt und löste damals eine echte Innovationswelle aus.

Erste Informationen zum Rahmenkredit der Wirtschaftsförderung hier im Kanton Bern zeigen, dass diese Massnahmen im Kanton Bern – die Sofortmassnahmen – sehr schnell auf sehr viel Interesse stiessen. Die Antwort der Regierung zeigt eine erste Zahl der Nutzniessenden. 400 Unternehmungen konnten von dieser Sofortmassnahme profitieren. Dank einer Interpellation

meiner Kollegin Tanja Bauer wissen wir auch – manchmal interessiert uns halt eben ein bisschen mehr –, dass damit auch mehr als 1500 Arbeitnehmende profitieren konnten, und dass es zu 90 Prozent Männer waren. Das ist schon einmal recht spannend und könnte – ja, sollte – ganz klar noch zu weiteren Überlegungen führen, bspw. welche Branchen vielleicht speziell bedacht wurden oder ähnliche Fragen.

Es gibt aber auch andere Fragen, die nicht nur ich mir stelle und die nicht nur mich interessieren, vielleicht in erster Linie aber schon mich. Ich bin einfach besonders neugierig, was die Innovation angeht. Es war eine innovationsgebundene Fördermassnahme. Es würde mich halt brennend interessieren, welche coolen Projekte hier effektiv gefördert wurden und ob ein paar dieser Innovationen, die ja v. a. der Wirtschaft nützen sollen, evtl. dann auch gewisse andere Aspekte gerade noch mitbedienen. Es kann sehr wohl so sein, z. B. wenn es ein Innovationsprojekt zum Thema Ressourcenverbrauch gibt. Heute ist es allerdings so, dass es beim Thema Wirtschaftsförderung – ob es nun die «normale» oder eine im Rahmen einer Sondermassnahme ist – nicht so beliebt ist, zu viel Informationen herauszugeben.

Die Wirtschaftsförderung des Kantons Bern macht sehr wohl ein bisschen Werbung zu ihrer Tätigkeit. Man findet es auch auf ihrer Website. In meinen Augen dürfte aber genau dieser Punkt deutlich ausgebaut werden. Ich sehe hier noch viel Potential, v. a. was die Information für ein breiteres Publikum angeht. Ich komme persönlich ja ein bisschen aus diesem Forscherinnenhaufen, und darum interessiert es mich natürlich auch speziell. (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) In diesem Sinne ist auch der Titel des Vorstosses zu verstehen. «Transparenz» meint deutlich mehr Informationen zu diesen innovativen und sicher hochinteressanten Projekten.

«Tu Gutes und sprich darüber» ist auch in der Wirtschaft schon lange ein beliebtes Werbemittel. In diesem Sinne: «Tu Gutes und sprich noch mehr darüber.»

Präsident. Aber nicht mehr länger darüber. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Ich komme zum Abschluss: Ich bitte Sie deshalb darum, diesen Vorstoss hier zu unterstützen. Vielen Dank für die Geduld, Herr Grossratspräsident.

Präsident. Bitte. Wir kommen zu den Fraktionen. Den Anfang macht Natalie Imboden für die grüne Fraktion.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich glaube, in diesem Vorstoss sind zwei Anliegen enthalten, die beide von der grünen Fraktion unterstützt werden. Das eine Anliegen – die Motionärin sagte es – ist mehr Transparenz in der Wirtschaftsförderung. Das ist ein Anliegen, das die Grünen seit Jahren, vielleicht sogar seit Jahrzehnten immer wieder aufbringen und das nach wie vor nicht umgesetzt ist – oder jedenfalls nicht genügend. Wir kennen die Diskussion. Der Regierungsrat sagt immer – er sagt es auch jetzt wieder – er informiere die GPK. Es gebe den Bericht der Wirtschaftsförderung, der summarisch – ich muss sagen: *sehr* summarisch – gewisse Informationen gibt.

Wir sagen halt – ich kann es nur wiederholen –, Transparenz sei wichtig, denn hier geht es auch um Steuergelder, und die Wirtschaftsförderung darf keine Black Box in unserem Staat sein. Wir bleiben daher bei unserer Haltung, dass hier mehr Informationen notwendig und wichtig sind.

Ganz gezielt geht es hier ja um *ein* Wirtschaftsförderungsinstrument aus der – ich sage jetzt einmal – Coronakrise 1. Ich denke, hier ist es umso wichtiger, dass Transparenz geschaffen wird. Warum? Dazu drei Punkte: Das Instrument, das der Regierungsrat damals schuf, ist ein sehr spezielles. Warum? Weil hier zum ersten Mal Lohnzuschüsse an Betriebe bezahlt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist etwas, was es in der Wirtschaftsförderung eigentlich *nicht* gibt. Hier werden 1500 Mitarbeitende mit Lohnzuschüssen mitfinanziert. Man könnte sagen, sie seien quasi partiell auf der Lohnliste des Kantons. Es ist natürlich klar, nicht zu 100 Prozent, sondern nur als Bezuschussung. Es ist jedoch ein sehr spezielles Instrument, das – wie es meine Vorrednerin sagte – *nota bene ganz zufällig* v. a. 90 Prozent Männern zu Gute kommt, als ginge man davon aus, dass Innovation männlich sei. Hier setze ich ein Fragezeichen. Wenn wir vielleicht in einem etwas kleineren Saal wären und man die Mimik sehen könnte, könnte man ein Augenzucken sehen.

Wenn ich lese, dass die Strahlkraft dieses Instruments überkantonale Wirkung hatte, muss ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja klar. Wenn der Staat Technologiefirmen Lohnzuschüsse zahlt, kann ich mir schon vorstellen, dass es ausstrahlt. Die Frage ist jedoch, ob es sinnvoll war. Hier komme ich zum Schlusspunkt und finde wirklich, dass der Regierungsrat mit dieser Antwort

nicht genügend Transparenz geschaffen hat. Darum ist die Überweisung dieses Vorstosses wichtig. Der Regierungsrat sagt, die GPK sehe dann die Anliegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss die Wirksamkeit dieses Programms aber zuhänden des Grossen Rates evaluieren. Wir möchten, dass über die Unterstützung all dieser 400 Betriebe Transparenz geschaffen wird. OK, man kann darüber diskutieren, ob man die Liste dieser Betriebe sehen will. Aus Sicht der Grünen ist es das absolute Minimum, dass man weiss, wie man dieses Projekt bilanziert. Wie bilanziert man diese 23,5 Mio. Franken? Leisteten sie wirklich einen Beitrag? Ich finde, es reicht nicht, der GPK zu berichten.

Ich komme zum Schluss: Die grüne Fraktion unterstützt es. Ich möchte vom Regierungsrat aber gerne noch wissen, ob das Geschäft bereits zuhänden der GPK dokumentiert wurde. In der Antwort steht, es gebe eine Evaluierung. Das ist meine erste Frage. Die zweite ist: Was spricht dagegen, dass man diese Evaluation ohne namentliche Nennung der 400 Betriebe, die ja alle sieben Regierungsrätinnen bzw. Regierungsräte gesehen haben, in einer summarischen Form öffentlich macht? Dies ist meine Erwartung an eine transparente Wirtschaftsförderung. Ich bitte Sie daher, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Adrian Haas, Bern (FDP). Ich staune jetzt schon ein bisschen, was in diese Motion hineininterpretiert wird und was angeblich gefordert werde. Wenn man den Text liest, der ja massgebend ist, will man einfach eine Liste der Unternehmungen, die von diesen Innovationsfördermassnahmen profitiert haben. Die Forderung, dass man die Namen von Unternehmungen transparent machen will, die im Rahmen der ersten Welle Covid-Wirtschaftsförderungsgelder erhalten haben. Punkt. Fertig.

Die Forderung ist ja überhaupt nicht neu, dass man die Namen von Firmen publik machen soll, die Wirtschaftsförderbeiträge bekommen haben. Wir haben es hier im Rat schon x-mal diskutiert. Es wird langsam mühsam, aber manchmal ist es halt mühsam, und dafür werden wir hier ja bezahlt.

Wir waren uns hier im Saal einigermassen einig, dass es richtig ist, dass die WEU einem Ausschuss der GPK gegenüber Transparenz schafft und dass diese auch Detailinformationen bekommt, v. a. auch zu den Namen dieser Firmen. Es ist auch richtig so, weil es ja auch Geschäftsgeheimnisse gibt, die man nicht einfach ausplaudern kann und die ja auch mit der Frage zusammenhängen, wofür ein Beitrag ausgerichtet wurde. Also: Wir haben es hier im Saal schon hundert Mal besprochen. Ich würde dabei bleiben, dass man nach wie vor die GPK bzw. den Ausschuss informiert. Es hat sich bewährt.

Und jetzt vielleicht noch eine Frage zu etwas Weiterem, das auch noch angesprochen wurde, aber nicht Gegenstand dieser Motion ist. Die Frage nach etwas wie einer Art Evaluationsbericht. Das wird ja versprochen. Uns würde es auch interessieren, was genau die Wirkung dieser Massnahmen war. Wir haben die Vermutung, dass sie gut ist. Auch aufgrund meiner Kenntnis von Firmen. Es wäre aber vielleicht dennoch hilfreich. Der Regierungsrat stellte es ja auch in Aussicht. Man kann so einen Bericht oder dessen Quintessenz sicher auch in geeigneter Form der Öffentlichkeit zugänglich machen, ohne gerade Geschäftsgeheimnisse zu verletzen.

Ich bitte Sie, diesen Vorstoss abzulehnen.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV). Le groupe évangélique aime la transparence, que ce soit parce que nous avons un fabricant de fenêtres dans nos rangs ou pour d'autres raisons que j'ai déjà énumérées hier. Les mesures immédiates de la promotion économique durant la crise du coronavirus sont destinées à conserver des emplois et à conserver la capacité d'innovation des entreprises. Bien sûr, il peut paraître gênant, particulièrement pour les politiciens que nous sommes – et la motionnaire l'a dit qu'elle était particulièrement curieuse –, que nous n'ayons pas accès à la liste des entreprises qui ont bénéficié de ce soutien. Cependant, que vous apporterait la publication de cette liste ? Auriez-vous la possibilité de juger si ces crédits sont justifiés ? Sur la base de quoi ? Que devrait pouvoir faire le contribuable lambda avec ces noms et ces chiffres ? Sérieusement, la seule chose qui risquerait d'arriver c'est d'exposer des entreprises à une appréciation, voire à une vindicte publique ou sur les réseaux sociaux sur la base d'aucun critère concret. Nous devons, en tant que politiques, veiller à ce que l'argent du contribuable soit utilisé de manière judicieuse sur la base de critères concrets. Nous soutenons donc la démarche du gouvernement d'effectuer une analyse d'efficacité et de soumettre le rapport correspondant à la CGes, mais nous rejetons clairement la motion qui nous est soumise.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). In der EDU-Fraktion sind wir gegen eine Liste der Unternehmungen, die Beiträge der Wirtschaftsförderung bekommen haben. In der Antwort des Regierungsrates sehen

wir, dass er zu jeder Zeit den vollen Einblick in die geförderten Unternehmungen hatte. Er wird auch die Wirkung dieser Sondermassnahmen in zwei Phasen überprüfen. Im Anschluss dazu wird dem Ausschuss der GPK des Grossen Rates Bericht erstattet. Dies scheint uns wichtig. Der Grosse Rat ist somit mit einem Kontrollorgan des Grossen Rates einbezogen. Wir lehnen die Motion ab.

Präsident. Nächste Fraktionssprecherin für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrätin Ursula Zybach.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Wir reden hier über 23,5 Mio. Franken. Können Sie sich an das Sparprogramm erinnern? Wissen Sie noch, wie wir dort gerungen haben? Um halbe Millionen. Um ganze Millionen. Hier zahlt der Kanton Bern 23,5 Mio. Franken an Unternehmungen in einer Zeit, in der eine Krise gerade angefangen hat. Ich denke, es war ein guter Zug der Regierung zu sagen: Wir schauen, was los ist. Was könnte passieren? Was wäre das Problem, wenn die Leute aus der Forschung plötzlich in die Kurzarbeit gehen würden, und die Firmen dann nicht mehr à jour wären und nicht mehr vorwärtskämen? Es war eine total gute Idee und die SP-JUSO-PSA-Fraktion dankt auch dafür, dass man es gemacht hat. Aber: Es ist eine *riesige* Summe. 23,5 Mio. Franken. Es heisst, dass 1500 Personen profitiert hätten. Wenn man ein bisschen rechnet und es herunterbricht, sind es im Durchschnitt 15'000 Franken pro Person, die man hier monatlich bezahlt hat. Es sind 400 Unternehmungen, die im Durchschnitt je 60'000 Franken bekommen haben. Ja, was wurde mit diesem Geld gemacht? Werte Kolleginnen und Kollegen, das sind Steuergelder. Steuergelder von Leuten, die letztes Jahr vielleicht ein wahnsinnig schwieriges Jahr hatten, jeden Rappen zählen und gleichwohl das zahlen müssen, was auf der Steuerrechnung steht. 23,5 Mio. Franken. Ich finde, jeder Stimmbürger und jede Stimmbürgerin hat hier das Recht zu wissen, was damit passiert und was man gemacht hat.

Die Motion fordert ja nicht, dass Details bis auf die Projektebene herausgegeben werden, sondern einfach, dass man weiss, welche Unternehmungen es waren. Wenn man jetzt sagt, die Unternehmungen hätten wissen müssen, dass es dann transparent wird, kann man es ja rückblickend noch machen und sagen: Sie haben dieses Geld bekommen, und wir werden es publizieren. Ich finde, es gibt auch ein Öffentlichkeitsrecht. Es gibt sicher die Vertraulichkeit. Stellen Sie sich doch einmal vor, wie Forschung heute läuft. Forschung läuft nicht mehr im stillen Kämmerlein, in dem einer alleine – oder wie in diesem Beispiel hier, wahrscheinlich drei zusammen – Forschung machen. Forschung ist international, ist vernetzt und ist auch transparent. Man weiss sehr vieles voneinander. Es wird auch sehr viel publiziert und ich finde, es würde den Kanton Bern einfach gut anstehen, dass er auch zeigt, welche Unternehmungen profitiert haben und was damit passiert ist, wenn er schon sagt, er habe hier ein Projekt mit Strahlkraft.

Das sind wir der Steuerzahlerin und dem Steuerzahler gerade in der Situation, in der wir jetzt stecken, einfach schuldig. Wir müssen das einfach machen. Ich glaube, das wichtigste Wort hier ist «Transparenz». Ich bitte Sie im Namen der SP-JUSO-PSA-Fraktion, sich noch einmal gut zu überlegen, was wohl als Sparfrage wieder auf uns zukommt. Wir können nicht weiter so Geld ausgeben, wie wir es in der letzten Zeit getan haben. Wir werden sparen müssen. Schaffen wir wenigstens dort Transparenz, wo wir Geld ausgegeben haben und der Meinung sind – hoffentlich mit der Regierung –, dass es sinnvoll war es ausgegeben zu haben. Stimmen Sie dieser Motion bitte zu.

Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie für einmal bitten, Ihre Gespräche etwas herunterzufahren oder dafür hinter den Vorhang in die Wandelhalle zu gehen? Besten Dank. Der nächste Fraktionssprecher ist Grossrat Kurt Wenger für die SVP.

Kurt Wenger, Meikirch (SVP). Die Motionärin Rüfenacht wünscht im Interesse der Steuerzahlenden die transparente Auskunft des Regierungsrates darüber, welche Forschungs- und Entwicklungsunternehmungen unter der Verordnung über Sofortmassnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise als Sofortmassnahme für die Standortförderung von der Wirtschaftsförderung Geld ausgeben sollen. Es geht um 400 Bernische Unternehmungen, die zur Bewältigung der Coronakrise bis Ende Mai 2020 insgesamt 23,5 Mio. Franken ausbezahlt bekommen haben. Dabei ging es darum, dass Entwicklungs- und Forschungsarbeiten nicht eingestellt werden müssen und dass das Geld nicht indirekt über Kurzarbeitsentschädigungen von Schlüsselpersonen nutzlos verloren geht.

Solche Unterstützungen sind aber seit der Aufhebung der entsprechenden Verordnungsartikel per 30. September 2020 nicht mehr möglich. Die Motionärin sagt, die Offenlegung würde den Betrieben selbst auch viel nützen, weil sie damit ihre innovative und zukunftsorientierte Wertschöpfung dokumentieren könnten. Das finde ich persönlich gerade etwas allzu sehr schöngeredet. Eine Unter-

nehmung, die dem Markt ausgesetzt ist, muss doch bei der Regierung das Recht auf Vertraulichkeit bei staatlicher Wirtschaftsförderung haben. Das ist auch so im Bericht «Transparenz bei der Wirtschaftsförderung» definiert.

Die SVP-Fraktion stützt die Antwort des Regierungsrates, der zwar einerseits für die Offenlegung gesprochener Steuergelder ist, andererseits aber eben auch respektieren will, dass die Öffentlichkeit keine Rückschlüsse auf die Tätigkeit geförderter Unternehmungen ziehen kann. Vertraulichkeit ist für die Regierung gottlob ein zentrales Anliegen an eine staatliche Wirtschaftsförderung. Auch die Oberaufsicht des Parlamentes ist mit dem GPK-Ausschuss gewährleistet.

Die Fraktion der SVP denkt gleich wie der Regierungsrat, lehnt diese Motion ab und hat auch schon vor, es eindeutig abzulehnen, wenn es zu einem Postulat käme.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Ich erlaube mir jetzt noch ganz kurz auf die Vorredner Bezug zu nehmen. Zuerst Adi Haas: Er hat eigentlich richtig festgestellt, dass es eine ganz einfache Forderung ist. Wir wollen eine Liste und wissen, wer unterstützt wurde. Ich finde es richtig. Nicht so einverstanden war ich damit, dass er sagte, es werde langsam mühsam. Man könnte einmal auch einfach die andere Sichtweise einnehmen und sagen, vielleicht sei es für andere mühsam, wenn man dauernd wieder neue Sonntagsverkäufe fordert oder so. Das liegt eben einfach im Wesen der Sache.

Dann sagte Ursula Zybach, dass wir Transparenz wollen. Wer wäre schon gegen Transparenz? Gerade als Politiker müssen wir es ja sein. Gleichzeitig muss man sagen: Ja, nützt uns diese Liste dann etwas? Wissen wir dann tatsächlich, ob es dem Kanton oder der Wirtschaft etwas gebracht hat? Ich wage es hier jetzt zu bezweifeln. Es ist nie so schwarz-weiss. In der Politik ist es eben nie so einfach, es ist immer ein bisschen schwieriger.

Gehen wir zurück und schauen. Wir haben 23,5 Mio. Franken gesprochen. Oder nicht wir, sondern der Regierungsrat. Er wusste, an welche Firmen es ging. Ist es Ihnen aufgefallen, dass der Sprecher vorhin sagte, dass es seit September nicht mehr gültig ist? Es war schon vorher. Sie hatten schon im Mai aufgehört. Da überlege ich mir dann: Aha, sie haben im Mai aufgehört, wann war es denn im Grossen Rat? Das war im Juni. Wir haben im Juni etwas bewilligt, das im Mai schon aufgehört hatte. Wir haben damals also irgendwie einen Kredit für gehabte Freuden bewilligt. Es hätte zweimal nichts genützt, wenn wir nein gesagt hätten. Wir müssen also wahrscheinlich darauf vertrauen, dass es richtig war.

Sie reden von innovationsgetriebenen Betrieben und sagen, man könne sie nicht veröffentlichen, weil es Rückschlüsse darauf gäbe, was diese tun. O.K., jetzt sagen wir einmal, auf dieser Liste stünde CSL Behring – o.k., «good news»: Sie forschen. Das bringt uns wahrscheinlich auch nicht wahnsinnig viel. Wir müssen es also wohl einfach im Grossen und Ganzen nehmen. Als Theatermensch bin ich es mich gewohnt, Subtexte zu sehen. Wenn ich dies lese, ist es vermutlich nicht die Angst davor, dass andere Firmen wissen könnten: Aha, die forschen und könnten in diesem Gebiet forschen. Man sieht in einer Liste ja nicht, in welchem Gebiet sie forschen. Ich vermute eher, dass sie Angst davor haben, dass dann eine andere Firma, die eben im gleichen Gebiet auch forscht, dann zum Regierungsrat oder in die Wirtschaftsabteilung geht und sagt: «Moment, warum bekommen *die* Unterstützung und wir nicht? Wir sind genauso innovationsgetrieben», wenn sie eine Liste bekommen, auf der die und die Firma steht. Das gibt nur Streit. All diese Sachen führen dazu, dass eine knappe Mehrheit oder die Mehrheit es wohl zwar unterstützten wird, andere in der glp werden es aber ablehnen. Es ist eben schwierig, hier etwas zu machen. Wir sehen die Schwierigkeiten, die die Regierung hat, und wir können nichts Anderes tun als darauf zu vertrauen, dass sie es richtig machen.

Jetzt noch der Zusammenhang zum Vorstoss von gestern. Man muss sich dann eben irgendwie auch noch... Man hat dann vielleicht auch noch irgendeinen kleinen Posten offen und will es sich dann dort auch nicht verderben. Es ist so, wie es ist, und wir probieren, es gemeinsam richtig zu tun.

Von uns aus gesehen, dürfen Sie machen, was Sie wollen, können es annehmen oder ablehnen. Wahrscheinlich wird es im grossen Ganzen eben nichts ändern.

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (Die Mitte). Wenn ich den Vorrednerinnen und Vorrednern zuhöre, muss ich schon sagen, dass da ein bisschen viel hineininterpretiert und hinterfragt wird ohne etwas in den Fingern zu haben. Was wollten diese Motionärinnen? Sie wollten die volle Transparenz betreffend diese Sonderzahlungen, wollten vom Regierungsrat wissen, wer bzw. welche Unternehmungen profitiert haben *und* sie wollten mit dieser Offenlegung den Unternehmungen zusätz-

lich helfen, ihre innovative und zukunftsorientierte Wertschöpfung im Kanton Bern dokumentieren zu können.

Diese Gründe stiessen im ersten Moment auch bei mir auf ein positives Interesse. Aber eben nur im ersten Moment. Dieser Vorstoss ist – sorry, wenn ich es so sage – vielleicht gut gemeint, aber das Gegenteil von «gut» ist bekanntlich manchmal eben «gut gemeint». Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, wie heikel die gewünschte Transparenz sein könnte, weil sie unter Umständen eben Rückschlüsse auf die Geschäftstätigkeit der geförderten Unternehmung zulassen würde. Das ist definitiv nicht immer wirklich geschickt.

Dazu kommt, dass der Regierungsrat eine Wirkungsprüfung *durchführt*. Die Standortförderung ist beauftragt, einen Evaluationsprozess zu starten. In der ersten Phase wurden diese Unternehmungen befragt bzw. um eine Einschätzung der Wirkung gebeten. In einer zweiten Phase soll das Programm dann durch eine Expertengruppe evaluiert werden. Im Anschluss wird der GKP bzw. deren Ausschuss vom Regierungsrat analog zur ordentlichen Berichterstattung der Standortförderung Bericht erstattet. Ich bin dankbar für die Frage der Grossrätin Imboden. Ich bin neugierig, ob der Regierungsrat dazu hier und jetzt dann auch noch kurz Stellung nimmt.

Die Mitte-Fraktion ist einstimmig der Ansicht, diese Motion sei abzulehnen. Unserer Meinung nach tat der Regierungsrat das Nötige, um sicherzustellen, dass die Sofortmassnahmen der Wirtschaftsförderung richtig investiert wurden.

Präsident. Dann gebe ich Grossrat Haşim Sancar das Wort für ein Einzelvotum.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Ich bin seit sieben Jahren in der GPK, und seit acht Jahren bin ich im Grossen Rat. Am Anfang war es so, dass man behauptet hat, die GPK bekomme diese Liste. Aufgrund des Drucks hat man mit der Zeit dann ein bisschen korrigiert und sagt jetzt, der Ausschuss bekomme sie. Ich bin seit sieben Jahren in der GPK und habe erstens noch nie so eine Liste bekommen. Zweitens – ich spreche jetzt nicht für die GPK, sondern für mich – möchte ich nicht interpretieren, ob der Ausschuss diese Liste bekommen wird, und wie viele Namen oder Unternehmungen auf dieser Liste dann stehen. Die Frage stellt sich aber auch, wenn der Ausschuss diese Liste *bekommt*. Was macht man mit dieser Liste, wenn es im stillen Kämmerlein bleibt? Die Forderung ist hier, dass es veröffentlicht wird. Die GPK ist eine hochvertrauliche Kommission und alle Informationen bleiben dort. Auch wenn man sie zu Gesicht bekommen würde, kann man mit einer solchen Liste nicht viel anfangen. Die Forderung der Motion nach der Veröffentlichung dieser Unternehmungen sollte daher respektiert und unterstützt werden.

Präsident. Wir haben keine weiteren Einzelsprechenden. Wünscht die Motionärin das Wort vor der Regierung? Dann bekommt sie es: Grossrätin Andrea Rüfenacht für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Herzlichen Dank für diese angeregte und sehr breite Diskussion. Worum geht es in diesem Vorstoss *nicht*? Es geht nicht um die staatspolitische Kontrolle. Ich weiss, wie sie funktioniert und habe hier eigentlich auch das Vertrauen, dass sie funktionstüchtig ist. Es geht um Transparenz und um die Information der Öffentlichkeit.

Warum die explizite und sehr detaillierte Forderung nach dieser Liste? Ich komme eben auch aus dem Forschungshaufen. Ich habe das Papier gesehen, das damals aufgeschaltet wurde. Es wurde mir recht schnell klar, dass man gar nichts Anderes fordern kann als die Namen der Unternehmungen. Alles andere, was diese Unternehmungen angegeben haben, unterliegt der Geheimhaltung und das macht auch Sinn. Wenn wir also ein bisschen mehr Transparenz schaffen wollen, ist es rein und genau eine *Namensliste*. Mehr ist nicht möglich. Der Volkswirtschaftsdirektor würde es mir sonst dann sofort sagen.

Ich vertraue auch auf ihn und dass er dann dem Kollegen Zaugg noch erklären wird, warum beispielsweise die CSL Behring *nicht* auf so einer Namensliste stehen würde. Es gab nämlich gewisse Ausschlusskriterien.

Mir geht es hier wirklich um einen anderen Aspekt. Was würden wir mit dieser Liste machen? Ich stelle mir vor, dass sie ein «Who is Who» der Innovation im Kanton Bern ist. Wahrscheinlich sind da dann ziemlich viele Namen drauf, die Sie dann auch noch ins Staunen versetzen könnten. Anhand dieser Liste könnte man dann auf deren Internetseiten nachschauen, was sie tun. Wenn sie Forschung machen, brauchen sie es extrem gerne als Werbemittel. Meistens kommt es ziemlich früh. Es gibt ja auch nicht nur eine Bringschuld seitens der Verwaltung, sondern auch ein bisschen eine Holschuld von unserer Seite. Diese würde ich gerne erfüllen, wenn ich wüsste, wer dieses Geld für

Forschungs- und Entwicklungsprojekte bekommen hat, die dann auch noch wirtschaftlich sinnvoll sind und für mich persönlich ganz sicher sehr interessant.

Es gibt andere Beispiele: Letzten Sommer hat man zum Beispiel in Solothurn erkannt, dass mehr Transparenz definitiv auch mehr Fairness heissen kann – auch das wurde einmal erwähnt – und führte die Publikation der Förderbeiträge in Listeform ein. Ich finde es hochinteressant. Wir können jetzt dann schauen, was passiert und ob es wirklich zum Ende der Wirtschaftsförderung im Kanton Solothurn oder zum Ende der Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben im Kanton Solothurn führen wird. Ich denke nein. Ich bin einfach der Meinung, hier sei die Wirtschaftsförderung unter dem Stichwort «Tu Gutes, aber es darf nicht darüber gesprochen werden» unterwegs. Mein Anliegen ist, dass in der Zukunft vielmehr «Tu Gutes und sprich darüber» stattfinden soll.

Wenn die Regierung einen Bericht zu dieser spezifischen Massnahme veröffentlichen will, so darf sie es gerne. Ich bleibe bei meiner sehr präzisen und pointierten Forderung, die die Verwaltung extrem wenig belasten wird. Ich bleibe auch bei der Motion, weil ich gemerkt habe, dass es letztlich wenig Sinn macht. Es ist wirklich ein bisschen eine grundsätzliche Frage, ob man ein bisschen mehr Transparenz in diesem Sinne will oder nicht. Wie gesagt bleibe ich bei der Motion. Ich danke allen, die sie unterstützen. Es ist genau das, was im Wortlaut steht: Eine Liste der Unternehmungen, die transparent öffentlich gemacht wird.

Präsident. Dann gebe ich das Wort für den Standpunkt der Regierung Herrn Regierungsrat Christoph Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschaftsdirektor. Ich erlaube mir zuerst eine Vorbemerkung unter dem Titel «Psychohygiene». Sie glauben nicht, wie gut es mir tut und wie dankbar ich am Ende auch bin, wenn ich heute Morgen hier im Saal sitze, diesen Voten zuhöre und Sachen höre, die ich in verschiedenen Jahren schon ein paar Mal gehört und vielleicht auch schon zu meinen Zeiten als Grossrat selbst gesagt habe, dass wir in einem nächsten Vorstoss über Katzen reden dürfen und dass wir aus den Voten Humor spüren dürfen.

Ich erinnere mich noch gut an den genau gleichen Wochentag vor einem Jahr. Damals war die Regierung humorlos unterwegs. Es war nämlich der Tag, an dem wir an einer ausserordentlichen Regierungssitzung festlegten, dass wir gestützt auf den entsprechenden Artikel der Kantonsverfassung das Notrecht anrufen und verschiedene Sofortmassnahmen unter Notrecht einrichten. Wir haben dies morgen vor einem Jahr gemacht. Morgen vor einem Jahr wurde auch genau diese Notverordnung erlassen, die genau die Massnahme enthält, über die Sie heute unter dem Titel Transparenz debattieren.

Es ist aber mehr als nur Psychohygiene, wenn ich diese Bemerkung mache. Es zeigt und ruft mir selbst, aber auch uns allen in Erinnerung, unter welchem Zeitdruck die Regierung damals zu Herausforderungen Lösungen suchen, finden und einrichten musste. Herausforderungen, die drängend waren und praktisch über Nacht Lösungen erforderten. Wir haben es noch damals gemacht, als es darum ging, die Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu stützen bzw. dafür zu sorgen, dass die Mitarbeitenden in dieser Woche vor einem Jahr nicht auch über Nacht in die Kurzarbeit geschickt wurden. Es waren nämlich diejenigen Tage, an denen die Gesuchzahlen für die Kurzarbeitsentschädigung explosionsartig zunahmen.

Die Regierung richtete diese Massnahme ein, setzte sie um und schloss sie ab. Das sagte Grossrat Zaugg prägnant und mit dem Humor, den wir uns von ihm gewohnt sind. Die Regierung hielt sich aber auch in der Coronakrise an das übliche Vorgehen – und das tut sie auch heute noch –, das man für die Berichterstattung bei Einzelförderungen kennt. Dies ist nämlich der Grund, warum diese Massnahme so schnell eingerichtet werden konnte. Es war kein *neues* Instrument. Wir brauchten keine neue Vollzugsorganisation. Wir konnten die Standortförderung mit einer leichten Modifikation über die Notverordnung beauftragen, das Mittel der Einzelbetriebsförderung neu, schnell und effektiv einzusetzen.

Eine Forderung, wie sie hier in diesem Vorstoss verlangt wird, lehnt die Regierung aber nach wie vor ab. Wir wollen keine öffentliche Publikation aller Unternehmungen, die einen Beitrag aus dieser Sondermassnahme bekommen haben. Die Regierung ist alles andere als gegen Transparenz – überhaupt nicht – in geeigneter Form, im richtigen Mass, an die richtigen Adressatinnen und Adressaten. Das wollen, machen und müssen wir am Ende auch. Aber, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte: Ist eine öffentliche Liste auf der einfach die Namen von Unternehmungen drauf sind, effektiv mehr Transparenz? Oder ist es vielleicht nicht mehr Verwirrung?

Ich sagte es: Transparenz in öffentlichen Organen ist wichtig. Es ist aber auch eine zentrale Aufga-

be der staatlichen Wirtschaftsförderung, dass die Vertraulichkeit eingehalten wird und Geschäfte vertraulich behandelt werden. Dies gilt übrigens auch für die GPK. Der Präsident der GPK war vorhin bei mir und machte mich darauf aufmerksam, dass man im Parlament durchaus zur Kenntnis nehmen darf, dass auch die Mitglieder der GPK bei bestimmten Geschäften einer erhöhten Vertraulichkeit unterworfen sind.

Dieses Interesse der Unternehmungen ist auch rechtlich geschützt. Die entsprechenden Grundlagen wurden im Jahr 2007 im Bericht «Transparenz bei der Wirtschaftsförderung» festgehalten. Die Regierung liess sich diese Haltung auch bereits mehrfach bestätigen – auch hier im Saal durch Sie, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte.

Ich habe auch den Eindruck – und ich liess es mir auch immer wieder im Ausschuss der GPK und in der GPK selbst bestätigen –, dass die Berichterstattung gegenüber dem Ausschuss der GPK weiter geht als üblich und dass sie transparent ist. Wir zeigen dem Ausschuss der GPK alles, was die Mitglieder sehen wollen. Vorgängig können Fragen gestellt und der Bedarf zu bestimmten Projekten oder Unternehmungen angemeldet werden. Wir zeigen es mit Namen, Zahlen und den nötigen Erklärungen. Der Ausschuss der GPK leitet diese Informationen und die Erkenntnisse des Ausschusses dann auch an das Plenum der GPK weiter.

Wir haben ja auch vor, dass wir eine Evaluation wollen und legen es in der Antwort der Regierung zu diesem Vorstoss auch offen. Wir wollen die Wirkung wissen, die diese Massnahme hatte. Wir tun dies in einen zweistufigen Verfahren. In einer ersten Phase, in der die Unternehmungen selbst Rückmeldungen geben, die wir dann auswerten und in einem zweiten, genauso wichtigen Schritt lassen wir diese Wirkung dann auch noch extern evaluieren. Das Ergebnis dieser Gesamtevaluation, kann heute noch gar nicht vorliegen. Mir wurde in der GPK die Frage gestellt, welche Kenntnis die GPK im Moment zu dieser Evaluation habe. Sie hat eine Prozessinformation. Dies ist der Stand der Kenntnis. Sie weiss, was wir wollen und auch, dass wir die nötige Zeit brauchen, um die Wirkung überhaupt zu kennen und sie evaluieren zu können. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird die GPK selbstverständlich sofort informiert, orientiert und hat die Gelegenheit, sich damit zu befassen, Fragen zu stellen und selbst eine Einschätzung zu machen.

Dies ist das geplante weitere Vorgehen. Im Übrigen teile ich die Erwartungen an die Transparenz, wenn es darum geht zu zeigen, welche Innovationskraft der Kanton Bern hat und was aus diesen Projekten geworden ist. Das machen wir schon heute. Im AWI in meiner Direktion gibt es das Projekt «Hidden Champions», mit dem wir der Öffentlichkeit zeigen wollen, welche KMU wir haben, die in der Nische, in der sie ihre Geschäftstätigkeit haben, weltweit führend sind. Wir wollen sie ins Schaufenster stellen und tun dies auch. Selbstverständlich im Einverständnis mit den betroffenen Unternehmungen. Sie dürfen zeigen, wer sie sind, was sie machen und wie gut sie sind. Hier unterstützen wir Unternehmungen darin, wie wir zeigen wollen, wer wir als KMU-Kanton Bern sind.

Wir wollen Transparenz in dem Sinne schaffen, in dem es hier im Saal jetzt verschiedentlich als Erwartung postuliert wurde. Wir tun es schon. Wir wollen aber keine solche Liste publizieren. Darum bitte ich Sie im Namen der Regierung, die Motion abzulehnen.

Präsident. Dann fassen wir den Beschluss zum Traktandum 99, der Fraktionsmotion der SP-JUSO-PSA, «Sofortmassnahmen der Wirtschaftsförderung in der Coronavirus-Krise: Transparenz für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler». Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.132)

Vote (2020.RRGR.132)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 50

Nein / Non 96

Enthalten / Abstentions 7

Präsident. Sie lehnen diese Motion ab, mit 96 Nein-Stimmen gegenüber 50 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen.